
Berliner Debatte Initial

6

16. Jg. 2005

Stadtumbau

Ragnitz

Angleichung der
Lebensverhältnisse

Bernt

Stadtumbau in
Leipzig-Grünau

Kaufmann

„Schrumpfende
Gesellschaft“

Fuhrich
Kaltenbrunner

Der Osten jetzt
im Westen?

Bluhm; Kantner;
Straßenberger

Tocqueville
Interpretationen

STADTUMBAU

– Zusammengestellt von Birgit Glock und Wolfgang Kil –

Editorial	2		
SCHWERPUNKT		TOCQUEVILLE	
Stadtumbau		<i>Harald Bluhm</i>	
		Leidenschaft für die Freiheit	69
<i>Joachim Ragnitz</i>		<i>Grit Straßenberger</i>	
Schrumpfende Regionen in		Gesellschaftliche Integration	
Ostdeutschland – Bleibt die Angleichung		und Fragmentierung	83
der Lebensverhältnisse eine Illusion?	4		
<i>Matthias Bernt</i>		<i>Cathleen Kantner</i>	
„Da kommst Du einfach nicht ran!“		Konformismus oder „vierte Gewalt“	94
Plan und Wirklichkeit beim			
Stadtumbau in Leipzig-Grünau	13		
<i>Rainer Winkel</i>		REZENSION	
Gefahren für die Wertbeständigkeit		Carsten Keller:	
des Wohneigentums?	24	Leben im Plattenbau.	
<i>Klaus Overmeyer</i>		Zur Dynamik sozialer	
Was blüht denn da?		Ausgrenzung	
Raumpioniere im Storkower Land	34	Rezensiert von <i>Michael Hofmann</i>	108
Interview mit <i>Franz-Xaver Kaufmann</i>		CALL FOR PAPERS	
„Schrumpfende Gesellschaft“ –		Zwischen Scheitern und Avantgarde –	
ist politische Steuerung möglich?	37	Eigensinn ostdeutscher Akteure.	
<i>Manfred Fuhrich,</i>		Workshop des Netzwerks	
<i>Robert Kaltenbrunner</i>		Ostdeutschlandforschung	111
Der Osten – jetzt auch im Westen?			
Stadtumbau-West und Stadtumbau-Ost			
– zwei ungleiche Geschwister	41		
<i>Benno Brandstetter,</i>			
<i>Thilo Lang, Anne Pfeifer</i>			
Umgang mit der schrumpfenden Stadt			
– ein Debattenüberblick	55		

Editorial

Als die Redaktion der *Berliner Debatte Initial* vor drei Jahren das Thema Schrumpfung erstmals aufrief, war selbst sie überrascht von dem riesigen Gesprächsbedarf, der bei diesem Thema offenbar herrschte. Aber nicht nur deshalb sollen jetzt ein zweites Mal die Phänomene und Probleme des demographischen und ökonomischen Wandels unserer Gesellschaft im Vordergrund stehen. Das seit fünf Jahren über zahllose ostdeutsche Städte hinwegrollende Regierungsprogramm „Stadtumbau Ost“ hat inzwischen unübersehbare Spuren in Stadtbildern und Siedlungsstrukturen hinterlassen. In den urbanen Gefügen wird damit die nächste „Epochenschicht“ kenntlich: als der große Umbruch nach dem Ende der Industriegesellschaft. Noch ist nirgends ein neuer Endzustand abzusehen; nur die dramatischen Auswirkungen, mit denen Planer, Politiker, Kommunalwirtschaftler in ihren jeweiligen Handlungsfeldern rechnen müssen, zeichnen sich in einer Deutlichkeit ab, die ein Verdrängen der Probleme endlich nicht weiter zuläßt.

Seit selbst ranghohe Repräsentanten und Berater der Regierung öffentlich bezweifeln, ob gleichwertige Lebensverhältnisse an jeglichem Ort im Lande weiterhin als Staatsauftrag zu garantieren sein werden, verläßt die Schrumpfungsdiskussion endgültig den Seitenschauplatz Wohnungswirtschaft und öffnet sich zum innergesellschaftlichen Großdiskurs. *Joachim Ragnitz* stimmt mit seinem Beitrag auf diesen bemerkenswerten Wandel in Tonalität wie Dimension der Fragestellung ein.

Nicht nur angesichts der verausgabten Milliardensummen bleibt es Gebot politischer Verantwortung, Funktionsweise wie

Auswirkungen des so folgenreichen Vorgangs „Stadtumbau“ konkret zu beobachten. Was nach außen zumeist als Abrißerfolg statistisch kommuniziert wird, setzt vor Ort sozial wie politisch hochkomplexe Aushandlungen voraus. *Matthias Bernt* stellt eine exemplarische Falluntersuchung aus der Großsiedlung Leipzig-Grünau vor.

Daß Schrumpfungprozesse sowie die derzeitigen Umbauversuche des Sozialstaats traditionelle Wertbegriffe ins Wanken bringen können, deutet sich im Beitrag von *Rainer Winkel* an, der die Wertbeständigkeit von Immobilien angesichts von Flexibilitätsanforderungen, massenhaftem Leerstand und Hartz IV-Regelungen kritisch analysiert. Wie ein Echo auf diese Krise althergebrachter Gewißheiten könnte man jene unkonventionellen Aufbrüche der „Raumpioniere“ empfinden, die *Klaus Overmeyer* in den aus alten Verwertungsbedingungen entlassenen Ländereien der Mark Brandenburg beobachtet hat.

Unlängst hat *Franz-Xaver Kaufmann* mit seinem Buch „Schrumpfende Gesellschaft“ noch einmal verstärkte Aufmerksamkeit auf die globale, weil kulturelle Dimension demographischer Entwicklungen gerichtet. Weil er dabei auf der politischen Dimension angeblich naturgegebenen Verhaltens besteht und sich mit einigen derzeit modischen Thesen zur „Vergreisung“ auseinandersetzt, hat ihn die Redaktion um ein Interview gebeten.

Bevor *Benno Brandstetter*, *Thilo Lang* und *Anne Pfeifer* eine Bestandsaufnahme der bisher publizistisch zu verfolgenden Schrumpfungsdiskussionen unternehmen und dabei den „Weg eines Themas“ kritisch analysieren, geben

Manfred Fuhrich und *Robert Kaltenbrunner* den Blick frei auf den nächsten anstehenden Diskursschritt: Ist Stadtbau-West lediglich als Verlängerung der Programmvariante-Ost zu begreifen, oder bedeuten Deindustrialisierung und Strukturwandel aus kommunal- wie sozialpolitischer Sicht in den westlichen Bundesländern etwas ganz anderes? Bei dieser Frage stehen wir noch ganz am Anfang. Selbst wenn sich herausstellt, daß die Probleme und Erfahrungen des Ostens nicht einfach zum Westen hin verlängert werden können und dort also vieles von Grund auf neu zu denken ist, tut ein „grenzübergreifender“ Austausch doch dringend not.

* * *

2005 war in Frankreich und den USA ein gutes Jahr der Forschung zu Alexis de Tocqueville, dessen 200. Geburtstag am 29. Juli mit vielen gewichtigen Beiträgen gewürdigt wurde. Vergleichbares kann man, sieht man von einigen Ausnahmen im unmittelbaren Umfeld des Jubi-

läums ab, vom hiesigen Bücher- und Zeitschriftenmarkt nicht berichten. Daß de Tocqueville nicht den Platz einnimmt, der ihm gebührt, ist bedauerlich; nicht zuletzt, weil dieser erste Analytiker der modernen Demokratie Motive verbindet, die von verschiedenen ideologischen Richtungen, wie dem Liberalismus und Konservatismus, für sich reklamiert werden.

Der Nebenschwerpunkt mit Tocqueville-Interpretationen wirbt für mehr Aufmerksamkeit für diesen Klassiker der Sozialwissenschaften. In den Beiträgen von *Harald Bluhm*, *Grit Straßberger* und *Cathleen Kantner* werden Lesarten entwickelt, die ein texthermeneutisches und gleichermaßen aktualisierendes Herangehen miteinander verbinden und das enorme analytische Potential von Tocquevilles Schriften eruieren. Die Palette der Themen reicht von Freiheit und Gleichheit über Individualismus und Gemeinsinn bis hin zum Problem der Öffentlichkeit in der Demokratie.

*Birgit Glock, Wolfgang Kil
Harald Bluhm*

Jahresinhaltsverzeichnis 2005

Hinweis der Redaktion

Das Jahresinhaltsverzeichnis 2005 können Sie als pdf-Datei kostenlos im Internet erhalten. Unter <http://www.berlinerdebatte.de/initial/archiv.htm> steht auch eine Datei mit den Inhaltsverzeichnissen 1995–2005 zum Download. In den pdf-Dateien können Sie die Suchfunktionen des Adobe Readers nutzen. (Die Inhaltsverzeichnisse 1990-1995 haben bislang noch keine Suchmöglichkeit.)

Falls Sie eine gedruckte Fassung des Inhaltsverzeichnisses benötigen und es nicht selbst ausdrucken wollen, schicken wir Abonnenten das gedruckte Inhaltsverzeichnis kostenlos zu. Mailen Sie an: leidenschaften@berlinerdebatte.de, Betreff: „Jahresinhaltsverzeichnis 2005 gedruckt“. Vergessen Sie nicht, Ihre Postadresse anzugeben.

Oder schreiben Sie an: GSFP, c/o Thünen-Institut, Dudel 1, 17207 Bollewick.

Redaktion Berliner Debatte Initial

Manfred Fuhrich, Robert Kaltenbrunner

Der Osten – jetzt auch im Westen?

Gedanken zu den Besonderheiten und Gemeinsamkeiten zweier ungleicher Geschwister: Stadtumbau-West und Stadtumbau-Ost

Wäre Prophylaxe in der Politik wichtiger als Reaktion, dann käme dem Begriffspaar Schrumpfung und Stadtumbau ein gänzlich anderer Stellenwert zu.¹ Denn die Folgen der Wechselwirkungen von demographischem Wandel, Deökonomisierung und staatlicher Finanzschwäche vielerorts sind keineswegs Übergangerscheinungen, sondern längst in Verfestigung begriffen. Sie sind ein Vorschein auf Entwicklungen, die alsbald auch ganze Regionen betreffen. Entwicklungen, die in wirtschaftlicher Strukturschwäche und fehlenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen wurzeln und in Wegzügen von Jüngeren und Qualifizierten, in Zunahme des Anteils älterer Menschen, in Leerstand von Wohnungen und großen Gewerbebrachen münden, welche zunehmende Armut und Abhängigkeiten von Transferleistungen, sinkende Steuereinnahmen bei steigenden Ausgaben für soziale Sicherungssysteme erzeugen. Zunehmend schlechtes Image und ausbleibende Investitionsbereitschaft verstärken die wirtschaftliche Strukturschwäche und erzeugen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung letztlich alle Lebensprozesse erfaßt. Womit zugleich alle bisherigen Interpretationsmodelle und politischen Lösungsmuster massiv in Frage gestellt werden müßten.

Eine Weigerung, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, ist auf Dauer politisch fahrlässig. Doch in einer auf Wachstum fixierten und von sektoralem bzw. föderalem Zuständigkeitsdenken geprägten nationalen Politik fehlt es augenscheinlich am Willen, sich mit Schrumpfung zu befassen.² Kommt es deshalb nicht dazu, weil Ursache- und Wirkungszu-

sammenhänge zu komplex und politisch zu wenig ‚kommunizierbar‘ sind? Statt dessen dominieren ‚mathematisierbare‘ Themen wie Gesundheits- oder Rentenreform, oder medial emotionalisierbare wie Sicherheit und Bildung. Zudem gilt Schrumpfung im bundesdeutschen Diskussionsraum als ein ausschließlich ostdeutsches Phänomen. Klaus von Dohnanyis These, wonach die Misere in den neuen Ländern maßgeblich dafür verantwortlich sei, daß die gesamtdeutsche Wirtschaft lahme, stellt nur die Spitze des Eisbergs dar. Parteipolitische Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung der Investitionszulage oder die Zukunft des Solidaritätsbeitrags trüben den Blick auf den Osten ein, verhindern eine adäquate Sicht auf das Problem insgesamt.

Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, hat die Schrumpfung längst massiv ihre Spuren hinterlassen. Um die Problemlage genau zu analysieren und letztlich erfolgreich lenken zu können, wurde im Jahr 2001 das Programm „Stadtumbau-Ost“ aufgelegt, das gemeinsam vom Bund und den Ländern getragen wird. Seit 2004 gibt es im Rahmen der Städtebauförderung auch ein Programm „Stadtumbau-West“. Doch der Gleichklang der Begriffe verschleiert, daß sich dahinter unterschiedliche Probleme, Ansätze und Werthaltungen verbergen. Wenn über Leerstände in Osten und Westen gesprochen wird, dann muß beispielsweise der Unterschied von Plattensiedlungen im Osten und Großwohnsiedlungen im Westen beachtet werden. Mit den folgenden Einschätzungen soll der Hintergrund skizziert werden, vor dem Schrumpfung und Stadtumbau sich in ihren spezifischen Ausprägungen niederschlagen.

Sie heben auf die Sphären ‚Problem‘, ‚Entwicklung‘, ‚Verortung‘ und ‚Umsetzung‘ ab, sind jedoch nicht als jeweiliger Einzelaspekt von Interesse – deswegen auch nicht im Detail belegt –, sondern synoptischer Natur. Wieviel Gemeinsamkeit verbindet nun die ungleichen ‚Brüder und Schwestern‘?

Stadtumbau in Ost und West: reale Unterschiede wiegen schwer

Während Bevölkerungsrückgänge im Osten nahezu flächendeckend stattfinden und lediglich einige Ausnahmen – wie etwa Berlin, Leipzig, Jena und Erfurt – gleichsam Oasen der Stagnation, mitunter gar des Wachstums bilden, verhält es sich im Westen tendenziell umgekehrt: Dort sind die Betroffenheiten vielmehr lokal und begrenzt regional, also eher punktuell, zumal Wachstumsregionen zumeist in der mittelbaren Nachbarschaft liegen. Ähnlich different ist die Erscheinung: Während Schrumpfung und ihre Folgen in den neuen Ländern dominant und – im negativen Sinne – bildhaft in Erscheinung treten, auch für den wenig informierten Besucher meistens sofort sichtbar, bleiben sie in den alten Ländern weithin unsichtbar und verdeckt, dringen damit kaum über die Sinne ins allgemeine Bewußtsein.

Dies korreliert wiederum sehr eng mit der Problemwahrnehmung: Einer diesbezüglich geringen Aufmerksamkeit im Westen steht ein ausgeprägtes öffentliches Bewußtsein im Osten gegenüber. Nach anfänglichem Zögern werden in Ostdeutschland – spätestens, seit die sogenannte Leerstandskommission ihre Arbeit aufnahm – die Sachverhalte auch offen ausgesprochen³, wohingegen man in Westdeutschland allenfalls Einzelprobleme diskutiert, die dann lediglich in lokalen Medien eine gewisse Aufmerksamkeit erfahren. Die gesplittete Wahrnehmung wiederum spiegelt sich in der Problemazeptanz: Darf man feststellen, daß Schrumpfung in nahezu jeder ostdeutschen Gemeinde wie auch – mit Abstrichen – auf Länderebene als Thema politisch verankert ist, so muß man für die alten Länder konstatieren, daß hier gewisse Verdrängungsmechanismen wirksam sind. Eine Erklärung dafür ist

der unterschiedliche Problemdruck: Was im Osten nach einer schnellen Lösung ruft, ist im Westen ein allmähliches, mittelfristig zu Buche schlagendes Problem. Entsprechend unterschiedlich sind auch die politischen Handlungserfordernisse. Dem liegen auch sehr distinkte Mentalitäten zugrunde: Einer fundamentalen Umbrucherfahrung steht ein bislang kaum erschüttertes Wachstumsdenken gegenüber. Diese Prägungen wirken fort.

Die Ursachen sind einerseits eindeutig und klar zu bestimmen, andererseits vielschichtig und zudem wenig gegenständlich: Überwiegend hohen Bevölkerungsverlusten in östlichen Kommunen steht ein meist noch gering negativer Wanderungssaldo in westlichen Gemeinden gegenüber. In den neuen Bundesländern wandern insbesondere junge und gut qualifizierte Menschen ab; in ihrem Bemühen um Arbeits- oder Ausbildungsplätze ziehen sie in weiter entfernt liegende, prosperierende Regionen. In den alten Ländern betrifft es alle Altersgruppen, indes kaum als Fernwanderung. Hier geht es eher um „Stadtflucht“ und Ansiedlung im näheren und mittleren Umland – in der Annahme, damit die Lebensverhältnisse und Arbeitschancen zu verbessern. Die gesetzlichen Regeln bezüglich zumutbarer Arbeitswege haben zudem die Anforderung an die individuelle Mobilitätsbereitschaft erhöht. Die von einigen erwarteten Zuwanderer aus Osteuropa werden sich nicht zum preisgünstigen Wohnen im Osten Deutschlands niederlassen, sondern zum Arbeiten gleich in den Westen, genauer Südwesten und Süden, durchziehen.

Die Stadt-Rand-Wanderung erweist sich im Westen ohnehin als ein Dauerbrenner der Stadtentwicklungspolitik, wohingegen im Osten die Suburbanisierung als ein neues Wohlstandssphänomen auftritt. Paradoxerweise wird dies auch unter Schrumpfungsbedingungen kaum gemindert: Die verschärfte Konkurrenz von Regionen und Gemeinden bzw. regionalen und lokalen Akteuren im Werben um Investoren oder Einwohner scheint der Zersiedelung zusätzlich Vorschub zu verleihen. „Die Umsetzung gemeinsamer räumlicher Entwicklungsstrategien ist vor diesem Hintergrund oft zum Scheitern verurteilt, da Kommunen ihre Attraktivität für Investoren oder Neubür-

ger dadurch zu erhöhen trachten, daß sie eine ausgeprägte, nicht selten beinahe aggressive, (Flächen-) Angebotspolitik betreiben. Für eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der räumlichen Planung mit dem Ziel Urban Sprawl einzudämmen, gibt es daher kaum eine Grundlage“ (Nuissl, Rink 2004: 41).

Nicht nur die Dimensionen der örtlichen Bevölkerungsverluste sind in Ost und West extrem unterschiedlich, sondern auch ihre regionalen und örtlichen Niederschläge. Im Osten ist jede zweite Mittelstadt betroffen. Angesichts dieser Erosion bleibt offen, wie denn die Mittelstadt als europäische Siedlungsform auf Dauer der Stadttyp mit Zukunft sein kann; es sei denn, der Schrumpfungsprozeß gebiert zugleich Innovation und Emanzipation.⁴ Im Westen sind auffälligerweise eher altindustriell geprägte Städte in peripheren Lagen durch Schrumpfung betroffen – abgesehen vom Ruhrgebiet mit seinen Langzeiterfahrungen (Gatzweiler et al. 2003). Die Problemschauplätze im Osten liegen vorzugsweise in den Plattensiedlungen. Diese Dominanz überrascht nicht, denn zur Wendezeit war Wohnen in der Platte die Lebenswirklichkeit jedes vierten Einwohners – im Westen nur jedes 20. (BMBAU 1994). Für die Bürger in der DDR war diese Wohnform eher Ausdruck für modernes und privilegiertes Wohnen – angesichts vernachlässigter Altbauquartiere. Die im Westen in der Regel im Sozialen Wohnungsbau erstellten Großwohnsiedlungen waren stets schon Wohnorte zweiter Wahl. Gesetzlich festgelegte Einkommenshöchstgrenzen verhinderten sogar den Zuzug einkommensstärkerer Haushalte.

Zudem verlaufen Schrumpfung und Wachstum im Westen räumlich so eng verwoben, daß es bei hochaggregierter Statistik nicht auffällt.⁵ Während Schrumpfung im Osten ganze Regionen erfaßt hat, sind im Westen einzelne Städte, häufig nur einzelne Stadteile betroffen. Gleichwohl stellen die Verwerfungen zwischen benachbarten Ortsteilen wegen ihres latenten Konfliktpotentials eine besondere Herausforderung an den Städtebau, letztlich an die Kommunalpolitik generell dar.

Ein weiterer Unterschied der Stadtumbau-problematik zwischen Ost und West liegt darin, daß gerade in den betroffenen Gebieten der

Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund stark abweicht. Während im Westen der Anteil deutlich zweistellig ist, erweist er sich in den betroffenen Stadtteilen im Osten als eher marginal. Dies hat ernstliche Konsequenzen für die Gestaltung der Verfahren, denn die ausländischen Mitbürger stellen einerseits weniger Ansprüche und machen den Ämtern weniger Probleme bei der Umsetzung kommunaler Vorhaben, zumal sie lokalpolitisch nicht im gleichen Maße politisch präsent sind wie andere Bevölkerungsgruppen.⁶ Andererseits stellen sie für eine verantwortungsbewußte Stadtplanung eine besondere Herausforderung dar, da ihre besonderen Lebensformen und Ansprüche an Wohnungen und Nachbarschaft verschieden sind. Die oft beklagten „Parallelkulturen“ tragen manchenorts auch zur Stärkung und Stabilisierung von Stadtteilen bei. Einzelne Fachleute sehen in den Zuwanderern sogar die Hoffnungsträger für schrumpfende Städte (Spiegel 2004).

Demgegenüber lassen sich auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten in Ost und West ausmachen, die auf der Ebene von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends zu verorten wären. Bevölkerungsverluste, im Osten seit längerem deutlich ausgeprägt, werden auch im Westen zunehmend stärker. Gleichermaßen schlägt allenthalben die ansteigende Alterung der Bewohner zu Buche. Die Arbeitslosigkeit erweist sich – ungeachtet aller politischen Reformversuche der letzten Jahre und trotz regionaler Unterschiede – im gesamten Bundesgebiet als anhaltend hoch. Die zunehmend globalen wirtschaftlichen Verflechtungen zeitigen allorts eine wachsende Abhängigkeit von übernationalen Investitions-, Vermarktungs- und Entlohnungsregeln. Auch das Konsumverhalten läßt kaum noch Unterschiede erkennen, und vor dem Hintergrund der Konzentration im Einzelhandel und der gleichförmigen Filialisierung im Warenangebot ergeben sich gleiche städtebauliche Erscheinungen und stadtstrukturelle Konsequenzen. Lokales Wirtschaften mag zwar in einzelnen Branchen, etwa im Kultursektor, noch erfolgreich zu gestalten sein, aber aufs Ganze bezogen nimmt seine Rolle erheblich ab. Ähnliche Effekte zeitigt die Europäisierung der Politik, die wach-

send Einfluß nimmt auf die Entscheidungen vor Ort. Zudem kennzeichnet eine fortschreitende Differenzierung die Lebensstile Ost wie West; die Konformität der „deutschen Gesellschaft“, so sie denn je existiert hat, nimmt jedenfalls erkennbar ab.

Stadtumbau-Ost und Stadtumbau-West – Dualismus auch bei der Förderung

Aus der Beschreibung ist zu erkennen, daß auch die Umsetzungskonzepte von unterschiedlicher Prägung sind. Die großen ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen haben es verstanden, die Aufmerksamkeit – und die Fördermittel – auf ihre Bestände, vornehmlich auf die industriell gefertigten Wohnkomplexe zu lenken. Wegen der kleinteiligen Besitzverhältnisse in den Altbauquartieren gibt es auch keine Lobby für diesen Gebietstyp. So sind die Vertreter der Wohnungswirtschaft die impulsgebenden Akteure im Stadtumbau-Ost. Auch wenn ihre westlichen Kollegen bemüht sind, ähnliche Zuwendung zu erlangen, bleibt hier doch ein großer Unterschied: In Westdeutschland hat man früh erkannt, daß der Wohnungsleerstand nur das Abbild einer Entwicklung ist, die in gesamtwirtschaftlichen Ursachen wurzelt. Der Unterschied zu Gewerbebrachen liegt aber darin, daß hier meistens ein Betrieb bereits pleite ist. Leerstehende Wohnungen gehören zumeist Wohnungsunternehmen, die in erster Linie in der unternehmerischen Verantwortung stehen, eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der verbliebenen Bestände weiterhin zu sichern.

Diese Prioritäten und die hohe Sensibilität des BMVBS gegenüber den von Vertretern der westdeutschen Wohnungswirtschaft vortragenen Nöten von Großwohnsiedlungen im Westen führten dazu, daß das eigentlich schon vor der Abwicklung vermutete Forschungs-Programm des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus“ (ExWoSt) einen neuen thematischen Auftrag und eine besonders hohe Aufstockung bekam.⁷ Mit dem Forschungsfeld „Stadtumbau-West“ wurden vom Bund erstmals auch Investitionen im großen Umfang als „forschungsbedingte Mehrkosten“

gefördert. Im Gegensatz zu allen vorangegangenen 25 Forschungsfeldern beteiligte sich der Bund an den investiven Kosten; die Paritäten zwischen Bund, Land und Kommunen wurden in jedem Pilotprojekt einzeln ausgehandelt. Bemerkenswerterweise ging der Anstoß für den Stadtumbau-West ausgerechnet von einer als Modell- und Demonstrationsvorhaben des Bundes vor über 30 Jahren geförderten Großwohnsiedlung aus. So kann das Engagement des Bundes auch damit begründet werden, daß alte Fehlentscheidungen – konkret: das Leitbild der autogerechten Stadt – mit öffentlichen Mitteln korrigiert werden. Im Forschungsfeld Stadtumbau-West sind auch Großwohnsiedlungen Fördergegenstand, doch die Hauptkulisse bilden die Gesamtstadt mit ihren tieferegreifenden strukturellen Krisen und andere „Brennpunkte“. So steht auch weniger der Wohnungsleerstand im Mittelpunkt, sondern die Behebung der Erscheinungsformen lokaler Strukturkrisen, die sich ebenso auffällig in Gewerbebrachen und Leerständen im Einzelhandel ausdrücken (BBR 2004).

Der Impuls für Stadtumbau kam also aus der Wohnungswirtschaft – im Osten wie im Westen. Aus dieser Entstehungsgeschichte resultiert die für Stadtplaner so provozierende Formulierung „Wohnungen vom Markt nehmen“, wenn der Abriß von Wohngebäuden gemeint ist. Diese Formulierung irritiert – gerade weil solche Wohnungen eigentlich keinen Markt mehr hatten, aber weiterhin einen konkreten Standort, und ihr desolater Zustand eine städtebaulich negative Wirkung. Dank des Wettbewerbs des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) wurden die Städte aufgefordert und darin unterstützt, sog. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) zu erstellen: als Voraussetzung für den Einsatz staatlicher Fördermittel (BMVBW 2001). Allerdings bleiben die meisten ISEK im Charakter von „Wohnraumrückentwicklungskonzepten“ befangen. Die vom Wettbewerb vorgegebenen Bearbeitungszeiten ließen höhere Ansprüche und Qualitäten nicht zu, wenn man bedenkt, daß solche Aufstellungsverfahren in westdeutschen Städten Jahre beanspruchten.

Viele Städte, die am Wettbewerb „Stadtum-

bau-Ost“ teilgenommen hatten, ergänzen nun im Nachgang die einseitig auf die Wohnfunktion ausgerichteten Konzepte um weitere die Stadtentwicklung bestimmende Funktionen, wie z.B. Gewerbe, Infrastruktur, Kultur, Freiraum, Verkehr. Diese Bemühungen im Osten erfolgten in einer Zeit, als es um das Thema „Stadtentwicklungsplanung“ im Westen sehr ruhig geworden war. Der jahrelang angesammelte Frust in den westdeutschen Planungsämtern über die Erfolglosigkeit anspruchsvoller Langfristplanung wurde noch verstärkt durch die im politischen Raum um sich greifende Parole „Projekte statt Pläne“.⁸ Diese eigentlich in östlichen Regionen zu vermutende Aversion gegenüber steuernder Planung begünstigte im Westen eine anhaltende Wertschätzung von konkreten Stadterneuerungsmaßnahmen, zumal hier Fördermittel von Bund und Ländern ihre überzeugende Wirkung entfalteten, während Stadtentwicklungskonzepte oder -pläne als Regelaufgabe der Kommune keine staatliche Förderung erhielten.

Der Charakter von Stadtumbaukonzepten in Ost und West könnte unterschiedlicher nicht sein. Während es im Osten vielerorts um „Notoperationen“ ging, so bestimmt der Begriff der „Prävention“ die Mentalität im Westen. Zum einen liegt dies an dem Eingeständnis, daß die den Osten prägenden Wohnungsleerstände im Westen nicht so gravierend sind; wie eben auch die Bevölkerungsverluste noch weitgehend moderat sind. Zum anderen aber wird genau diese Dramatik genutzt, um ihre Auswirkungen im Westen durch frühzeitiges Gegensteuern zu vermeiden. Diese Logik wirkt überzeugend, zumal sie nicht nur dem Image- und Funktionsverlust einzelner Stadtteile entgegenwirkt, sondern auch den langfristigen Bedarf an staatlicher Förderung begrenzen hilft, gemäß dem Motto „große Probleme lösen, solange sie noch klein sind“. Hier sind für aufgeklärte Geister im Westen die negativen Entwicklungen im Osten sehr hilfreich, weil sie Argumente und anschauliche Beispiele liefern. Gleichwohl herrscht bei politisch Verantwortlichen im Westen weitgehend Realitätsverweigerung.⁹ Auch wenn die Vorhersagen klare Botschaften vermitteln, treten die Folgen erst spät und zudem sehr langsam zutage. Mit dem Hinweis,

daß viele Prognosen nie wirklich eintreten, rettet man sich über die Zeit.¹⁰

Stadterneuerung – schon immer: geförderter Abriß als Ordnungsmaßnahme

Auf der instrumentellen Ebene dürfen zwei förderrelevante Aspekte im Vergleich von Ost und West nicht unterschlagen werden. Im Westen gab es zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits eine eingübte Tradition der Stadterneuerung. Seit Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes zu Beginn der 1970er Jahre wurden umfangreiche Fördermittel in ca. 5.000 Stadterneuerungsmaßnahmen in ca. 2.300 Städte und Gemeinden gelenkt (BMVBW 2005). Die westdeutschen Städte hatten über drei Jahrzehnte einen erheblichen Qualitätszuwachs in ihren Stadtvierteln aufzuweisen und demzufolge einen erheblichen Vorsprung gegenüber den ostdeutschen Städten. Im Osten setzte diese Förderung erst 20 Jahre später ein. Die Akteure im Osten traf dieser Geldsegen zur Rettung der jahrelang vernachlässigten Stadtviertel sehr unvorbereitet. Einzelne Städte in Ostdeutschland erhielten zu Beginn der 1990er Jahre mehr Mittel als westdeutsche Gebiete jemals zuvor. Bekanntlich wurden die Mittel für den Westen zugunsten des Ostens erheblich gekürzt. In den letzten zehn Jahren erhielten die ostdeutschen Bundesländer drei Viertel der bundesweiten Finanzhilfen bei einem Gesamtvolumen von 4 Mrd. Euro. Für Maßnahmen im Stadtumbau-Ost setzt der Bund von 2002 bis 2009 rund 1 Mrd. Euro ein: „Ohne Berücksichtigung der Preisbereinigung sind damit in die neuen Länder nach der deutschen Einheit in 13 Jahren die gleichen Finanzhilfen geflossen wie in 30 Jahren in die alten Länder“ (BMVBW 2005). Gleichwohl stellte gerade dieser Förderungsschub die Akteure in den ostdeutschen Städten mancherorts vor große Herausforderungen, zumal die förderbedingten Instrumente erst eingeübt werden mußten.

In diesem Zusammenhang muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß Abriß von Bausubstanz kein neues Phänomen ist. Er war immer unverzichtbarer Bestandteil von öffentlich geförderten Sanierungsmaßnahmen,

auch wenn die zu Beginn der 1970er Jahre noch bekannten „Kahlschlagsanierungen“ eher kleinteiligen Abrissen im Sinne „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ wichen. Aber die Entkernung der Straßenblöcke gehörte zu den Standardaufgaben der Stadterneuerung, auch und gerade der „behutsamen“ oder „bewohnerorientierten“ Stadtsanierung. Allerdings war damit immer beabsichtigt, „gesunde Wohnverhältnisse“ zu schaffen. Das war zentrales Ziel der Städtebauförderung als „Sanierungsaufgabe“. Bemerkenswerterweise bezog sich die in den 1980er Jahren geführte Debatte auch auf das Phänomen rückläufiger Bewohnerzahlen in bestimmten innerstädtischen Lagen. Im Mittelpunkt der Debatte um „Gentrifikation“ stand aber eher der Milieuwandel im Quartier, genauer: die Verdrängung der angestammten Bewohner in „Normalhaushalten“ durch einkommensstarke kleinere Haushalte (Dangschat 1988). Aber die Folgen sind im Prinzip dieselben: mehr Raum für weniger Bewohner. Die Erweiterung der individuellen Wohnflächen und die Modernisierung der Wohnungen wurden ergänzt durch „Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen“ als Folge von öffentlich gefördertem Abriss – im Sinne von „Ordnungsmaßnahmen“. Was damals im Westen ein Effekt der öffentlichen Förderung war, ist im Osten Anlaß für den Einsatz von Fördermitteln.

Die wiederholt vorgetragene Forderung nach „Enttabuisierung“ von Abriss als städtebauliche Maßnahme läßt insofern Kenntnisse über die Städtebaupraxis der letzten Jahrzehnte vermissen. Abriss hat es immer schon gegeben. Stadterneuerung ohne Abriss wäre nicht denkbar, so wie zu gesundem Leben als erster Schritt das Abnehmen gehört. Ohne Städtebauförderung hätten die Städte die Gebäudeabrisse nicht als staatlich finanzierte „Ordnungsmaßnahmen“ durchführen können. Tatsächlich neu jedoch ist dreierlei: erstens die bisher unvorstellbare Dimension an einzelnen Standorten; zweitens die Tatsache, daß nicht selten ausgerechnet neue Wohnungsbausubstanz wegen Leerstands „rückgebaut“ wird, da hier die nicht verwurzelten Neumieter auch schneller wieder ausgezogen sind; und drittens die zumeist einseitig wohnungswirtschaftliche

Begründung, was sich nicht immer mit städtebaulichen Prioritäten deckt.

Diesen neuen Aufgaben für die kommunalen Akteure standen neue Möglichkeiten der privaten Haushalte und Investoren gegenüber. Die Förderung des Wohneigentums bewirkte im Westen auf längere Frist eine kontinuierlich steigende Eigentumsquote. Das war Ausdruck eines zunehmenden Wohlstandes, aber eben auch konsequentes Ergebnis der Wohnungsbauförderung, zumal die Eigentumsbildung ein zentrales Ziel staatlicher Förderung war. Zu erwähnen ist zudem, daß auch im Rahmen des öffentlich geförderten „sozialen“ Wohnungsbaus nicht nur Mietwohnungen errichtet, sondern zunehmend auch Eigentumsmaßnahmen gefördert wurden. Nach der Wende konnten auch im Osten einkommensstarke Haushalte von der Eigenheimförderung profitieren. Damit trat genau die Entwicklung ein, die die BfLR bereits in dem für das BMBau erstellten Großwohnsiedlungsbericht (BMBau 1994) warnend in Aussicht gestellt hatte: Imageverlust und Segregation der bis dato beliebten Plattensiedlungen durch zunehmende Konkurrenz auf den örtlichen Wohnungsmärkten – wegen Wegzugs in neue Eigenheimgebiete und durch modernisierungsbedingte Attraktivitätssteigerung der vernachlässigten Gründerzeitgebiete. Auch diese Konkurrenz der Wohnstandorte bzw. Gebietstypen war gespeist vom Dualismus staatlicher Subventionen: Städtebauförderungsmittel für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete und standortunabhängige Eigenheimförderung bzw. Steuererleichterungen.

Eine wichtige Gemeinsamkeit liegt letztlich darin, daß beide Stadtumbau-Programme als „lernende Programme“ angelegt sind. Es gibt viele Gründe, diesen Lernprozeß in Ost und West zusammen zu führen. Langfristig wird es darum gehen, die förderrechtliche Unterscheidung in Ost und West aufzuheben und die bisherigen Programmbereiche zu einem gemeinsamen Förderprogramm zusammenzuführen. Gerade die Diskussion um den staatlichen Auftrag, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu sichern, läßt erkennen, daß die bisher gepflegte Ost-West-Sichtweise überholt ist und durch eine Stark-Schwach-

Sichtweise abgelöst werden muß. Es gibt nachweislich vermeintlich typisch „östliche“ Zustände im Westen und typisch „westliche“ auch im Osten.

Stadtumbau-West: das westliche Profil mit anderen Schwerpunkten

Das bereits erwähnte ExWoSt-Forschungsfeld diente als Einstieg in das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau-West“ im Rahmen der Städtebauförderung. In den ausgewählten Städten sind alle krisengeschüttelten Branchen vertreten: Schiffbau in Bremerhaven und Lübeck, Fischerei in Wilhelmshaven, Porzellan in Selb, Textil in Albstadt, Schuhherstellung in Pirmasens und Stahl in Völklingen und Salzgitter, schließlich Militär in Wildflecken (Truppenübungsgebiet). Hierbei wird deutlich, daß die Probleme nicht hausgemacht sind.¹¹ Die lokalen Krisen sind erdrückend, aber nicht kommunal zu verantworten, denn sie konnten selbst auf nationaler Ebene nicht verhindert werden. Die weiter fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die Europäisierung der Wirtschaftspolitik lassen keine großen Erwartungen aufkommen. Erschwerend kommt für fast alle Städte im Stadtumbau-West hinzu, daß deren Industriestandorte überwiegend altindustriell geprägt sind, peripher liegen – mit Ausnahme der Standorte im Ruhrgebiet – und deshalb wenig Chancen haben, vom Wachstum prosperierender Regionen zu profitieren.

In die Konzeption des ExWoSt-Forschungsfeldes Stadtumbau-West sind bereits wichtige Erkenntnisse mühseliger Lernprozesse aus der Implementation des Stadtumbau-Ost eingeflossen. So wurde aus den einschlägigen Erfahrungen mit dem Wettbewerb Stadtumbau-Ost bezüglich der ISEK die Konsequenz gezogen, daß die einzelnen Maßnahmen sich in ein Gesamtkonzept einzubinden haben, integriert und nicht addiert. Diese Erwartung der Fördergeber stieß bei den problembeladenen kommunalen Akteuren nicht immer auf Zuneigung, weil man akuten Handlungsbedarf sah und schnell Fortschritte vorzeigen wollte. Aber die Erfahrungen im Stadtumbau-Ost haben alle fachlich und politisch Verantwortlichen darin

bestärkt, daß nur ein konzeptionelles Vorgehen die Erfolge in Einzelprojekten sichern helfen kann. Jedes Pilotprojekt in Stadtumbau-West hat also ein Stadt(teil)entwicklungskonzept bzw. integriertes Umsetzungskonzept als einen verbindlichen Baustein.

Das ExWoSt-Forschungsfeld mit 16 Pilotprojekten diente als Einstieg in die Städtebauförderung. Hier konnte allerdings der Bund noch in eigener Kompetenz die förderwürdigen Pilotprojekte aus den Vorschlägen der Länder auswählen. In dem Programmbereich Stadtumbau-West im Rahmen der Städtebauförderung dagegen werden in mehr als 100 Gebieten gezielt Stadtumbauten mit Bundes- und Landesmitteln auf der Basis einer Verwaltungsvereinbarung gefördert.¹² Allerdings sind die Schwerpunkte von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich, da die Bundesländer für die Auswahl der Orte und Maßnahmen zuständig sind. Die komplizierten Verhandlungen über den sogenannten Länderschlüssel lassen erkennen, daß es noch sehr spezifische Auffassungen über die praktische Umsetzung des Stadtumbau-West-Programms im Rahmen der Städtebauförderung gibt. Der gemeinsam von den Ländern unter Mitwirkung des BMVBW und des BBR entwickelte „Leitfaden“ ist eine gute Grundlage, das Profil von Stadtumbau-West zu vermitteln. Es liegt an der Bewilligungspraxis der Länder zu verdeutlichen, daß Stadtumbau auch im Westen eine besondere Gemeinschaftsaufgabe darstellt: anders akzentuiert als im Osten, aber mehr als nur die Fortsetzung der traditionellen Stadterneuerung unter neuem Aushängeschild. Als Durchbruch kann bereits gelten, daß nunmehr alle Bundesländer akzeptieren, daß nicht nur die traditionellen Verteilungskriterien für die Fördermittel des Bundes, nämlich Zahl der Bevölkerung und der Wohnungen, ausschlaggebend sind, sondern andere sachliche Indikatoren, die den örtlichen Handlungsbedarf und damit den staatlichen Förderbedarf problembezogen darstellen.

„Stadtquartiere im Umbruch“ – gemeinsame Lernwerkstatt von Ost und West

Mit dem neuen ExWoSt-Forschungsfeld „Stadt-

quartiere im Umbruch“ wird ein gemeinsamer Weg im Rahmen von Stadtumbau in Ost und West beschrieben (BBR 2005). Fünf Modellvorhaben – drei aus dem Osten, zwei aus dem Westen – stehen als „städtebauliche Labors“ zur Verfügung, um die Frage zu beantworten, wie angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen mit der zunehmend nicht mehr bedarfsgerechten Infrastruktur umgegangen werden kann. Es handelt sich um die Städte Castrop-Rauxel, Cottbus, Halle, Schwerin und Wuppertal.¹³ Neben diesen Städten, denen die forschungsbedingten Mehrkosten erstattet werden, wirken Experten aus den fünf Referenzstädten Bremerhaven, Duisburg, Eisenhüttenstadt, Guben und Parchim mit. Bei dem Forschungsansatz geht es nicht nur um einen „geordneten Rückzug“ durch den Rückbau von technischer und sozialer Infrastruktur. Im Mittelpunkt steht auch das Interesse, städtische Qualitäten durch neue Freiräume zu gewinnen. Wenn die Stadtflucht mit „Wohnen im Grünen“ begründet wird, so erscheint es logisch, innerstädtische Standorte durch mehr Grün attraktiver zu machen. Die Akteure sind sich bewußt, daß gerade der Verlust von Schulen und Kindergärten hohes Konfliktpotential birgt. Die Einbuße an sozialer Infrastruktur wiegt in der kollektiven Psyche schwerer als der Schwund an Wohnungen, selbst wenn diese „Gemeinschaftseinrichtungen“ wegen fehlender Nutzer leerstehen.

Der Rückgang der Wohnbevölkerung kann für eine gewisse Zeit durch geringere Wohnungsbelegung noch kompensiert werden. Wenn die Kinder ausbleiben, dann folgt aus den Schulentwicklungsplänen Schließung der Schulen, Leerstand und Verwahrlosung und bei fehlenden Nutzungsalternativen in der Konsequenz der Abriß der Schulgebäude. Hier liegen aber auch Chancen für neue Aneignungsformen, insbesondere für solche Nutzungen, die bisher in Konkurrenz zu ökonomisch stärkeren keine Chance hatten. Unter Freiräumen werden nicht nur Freiflächen verstanden, so wie es in ermutigender Form durch zahlreiche Projekte in dem Forschungsvorhaben „Zwischennutzung und neue Freiflächen“ dokumentiert worden ist (BBR 2005). „Stadtquartiere im Umbruch“ schließt auch die Kombination nicht-baulicher und baulicher Nachnutzung ein. In diesem

Forschungsfeld wird ein intensiver Dialog zwischen kommunaler Praxis und Stadtforschung aus Ost und West geführt. Die Förderung und Auswertung der Erfahrungen und Fortschritte in der „Echtzeit“ von fünf Modellvorhaben wird ergänzt durch ein virtuelles Stadtmodell, das den Umgang mit städtischer Infrastruktur simuliert, und zwar unter vier Handlungsoptionen: Stabilisieren, liegenlassen, Nischen und Nester, Renaturierung.

Im Rahmen des Forschungsfeldes liegen bereits erste Ergebnisse vor. So ist eine in 250 Städten mit rückläufiger Bevölkerung durchgeführte Umfrage ausgewertet worden. Deutlich wird, daß die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels nicht hinreichend erkannt, die Konsequenzen für die Infrastruktur nicht angemessen thematisiert, der integrative Charakter von Stadtentwicklungskonzepten noch nicht eingelöst und interkommunale Kooperationen noch nicht ausreichend entwickelt sind. Es wird – in West und auch weiterhin in Ost – ein hoher Aufklärungsbedarf festgestellt und mehr Erfahrungsaustausch eingefordert.¹⁴

Paradigmenwechsel im Osten eingeleitet – im Westen überfällig

Unter Schrumpfungsbedingungen ist nicht nur ein „Umdenken“ notwendig, sondern ein „neues Denken“. Der Städtebau – dies scheint schon im Begriff selbst angelegt – hat bislang Stadt durch bauliche Eingriffe gestaltet: Schrumpfung ist hingegen eine städtische Transformation, die sich in radikaler Weise zunächst ohne nennenswerte Veränderung des physischen Raums vollzieht. Dies wirft die Frage auf, ob das Verhältnis zwischen Raum und Nutzung nicht neu zu denken ist und ob es neben dem klassischen baulichen Eingriff nicht andere Formen der Intervention gibt, mit der die Entwicklung von Stadt beeinflusst werden kann.

Namentlich in der Stadt Leipzig hat man in den letzten Jahren Antworten zu formulieren versucht – und damit entscheidende Impulse gesetzt: Mit „Zwischennutzungen“ oder dem Instrument der „Gestattungsverträge“¹⁵ wurde aus der Not eine Tugend gemacht und neue

Wege eingeschlagen. Und mit dem – viel zitierten und ebensooft mißverständenen – Postulat von der „perforierten Stadt“ haben diese auch Eingang gefunden in die städtebauliche Theoriebildung.¹⁶ Daneben kommt der IBA Stadtumbau 2010 des Landes Sachsen-Anhalt das Verdienst zu, nicht nur die Fördermittel des Bund-Länder-Programms Stadtumbau-Ost in eine kohärente Zielstruktur zu gießen, sondern darüber hinaus auch einen kommunizierbaren ‚Überbau‘ mit (halbwegs) programmatischem Anspruch zu schaffen. In den neuen Ländern wurde ein Paradigmenwechsel zumindest eingeleitet.

Dem steht in den alten Ländern nichts Gleichwertiges gegenüber: Referenzmodelle mit einer überregionalen Ausstrahlung und dem Anspruch, in der Fachdebatte neue Horizonte abzustecken, hat der Westen bislang nicht hervorgebracht – sieht man einmal vom Großprojekt IBA Emscher Park ab. Daß Innen- vor Außenentwicklung gehe und daß insbesondere die Schrumpfung hierzu die entscheidende Chance biete, gilt in Politik und Verwaltung weithin als Konsens. Bei allen ‚Reparaturansätzen‘ sei mithin der historischen Altstadt oder dem Gründerzeitgürtel stets der Vorzug zu geben gegenüber der Großsiedlung an der Peripherie der Stadt. Praktische Konsequenzen aus dem Lehrsatz sind bisher allerdings kaum deutlich geworden.

Für den Stadtumbau ist das Finden der angemessenen (Nach-)Nutzung von zentraler Bedeutung. Um nur das Beispiel des Denkmalschutzes zu bemühen: Eine neue Nutzung ist an die auf das Gebiet einwirkenden Wirtschaftskräfte gekoppelt. Einerseits kann zuviel Druck, der nach mehr Ladenfläche, Parkplätzen, Liefermöglichkeiten verlangt, das Gefüge leicht sprengen; andererseits führt zu geringe Wirtschaftskraft zum Schwinden jener Erträge, aus denen die Erhaltung der Substanz finanziert werden kann, und damit zum Verfall.

Es wird immer Situationen geben, in denen ein Stadtbereich von Grund auf neu geplant und geordnet werden muß – und andere, in denen man weitgehende Erhaltung anstreben wird. In jedem Einzelfalle müssen Prioritäten geklärt und Ziele formuliert werden: Beispielsweise können geschichtliche Substanz und Gestalt

in einen gewissen Widerspruch zur wirtschaftlichen und funktionellen Lebensfähigkeit des Viertels geraten, was indes nicht kongruent sein muß mit einer Verbesserung von Lebens- und Umweltqualität für die Bewohner. Die Abwägung und Zielformulierung ist stets auch eine Wertentscheidung, und für die als nachrangig eingestuften Werte müssen dann meist Opfer in Kauf genommen werden. Dabei handelt es sich immer um subjektive Wertungen, die durch keine Kosten-Nutzen-Analyse ersetzt werden können. In der öffentlichen Planung geht es also um kollektive Werturteile, die sich letzten Endes in politischen Entscheidungen niederschlagen. Noch jedoch gibt es keine gemeinsamen Maßstäbe für den Stadtumbau in Ost und West. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß die Situation im Westen auch nicht einheitlich ist.

Während in einzelnen westlichen Bundesländern tatsächlich tiefgreifende regionale Strukturkrisen vorherrschen und der Handlungs- und damit der Förderbedarf in einzelnen Städten an die des Ostens heranreichen, reagieren andere, nämlich solche mit weniger eindeutigen negativen Befunden, mit der alten Verteilungsmentalität, die nicht nach Problemlage unterscheidet, sondern durch den in den Bund-Länder-Programmen eingespielten Länder- bzw. Einwohnerproporz bestimmt ist. Aber genau die von Kritikern beklagte „Kreativität süddeutscher Ministerpräsidenten“ (Boecker 2005: 25) konterkariert eine klare Profilbildung des Programmbereichs „Stadtumbau-West“ gegenüber der Normalförderung. Auf Drängen der süddeutschen Länder ist ihr Anteil am zu verteilenden Kuchen nach intensiven Verhandlungen letztlich um einige Prozentpunkte – zu Lasten der anderen – aufgestockt worden und der eigentlich schon obsoletere Fördertatbestand „militärische Konversion“ noch zusätzlich aufgenommen worden. Der Beschluß der Bauministerkonferenz, die Städtebauförderung Ost und West schrittweise anzugleichen, markiert einen Zwischenstand im Bemühen, nach 14 Jahren Präferenzen für die neuen Länder allmählich „Normalität“ und eine an bundesweit gültigen Bedarfsindikatoren ausgerichtete Förderung zu erreichen. Bei genauerem Hinsehen erscheinen in West-

deutschland die Nord/Mitte-Süd-Unterschiede zunehmend bedeutsamer als die vermeintlich übergeordneten Ost-West-Gegensätze. Auch innerhalb der einzelnen Bundesländer ist eine Unterscheidung in schrumpfende und wachsende Regionen notwendig. So ist der Norden Hessens eher durch „östliche“ Problemlagen geprägt, während der Süden Hessens mit der Metropole Frankfurt am Main zu den prosperierenden Regionen zu zählen ist. Aber selbst in wachsenden Regionen gibt es schrumpfende Gebiete. So wird im Stadtumbau-West (Ex-WoSt) in der „wachsenden Stadt Hamburg“ ein durch Strukturkrisen geprägter Ortsteil mit Bundesmitteln gefördert.

Stadtumbau muß auch in seiner raumordnerischen Dimension erkannt werden

Langsam nur sickert die Botschaft ins Bewußtsein: Planung kann heute nicht mehr nur Wachstumsüberschüsse verteilen, sondern muß sich auch mit der Verschärfung von Verteilungskonflikten auseinandersetzen. Bezüglich der Neuansiedlung von Unternehmen und Privathaushalten wächst die Konkurrenz zwischen Ländern, Regionen und Gemeinden. Die Niederlassung an einer Stelle führt unweigerlich zu Wegzug, Leerstand und Brachfallen an einer anderen. Etwaige Gewinner hier generieren Verlierer dort. Die klassische Standortpolitik, stark auf staatlichen Subventionen basierend, ist fragwürdig geworden – zumindest, sofern darunter allein die Privatisierung industrieller Kerne, der Abriß vermeintlich veralteter Strukturen und die Ausweisung von Neuansiedlungsflächen verstanden werden. Freilich liegt eine gewisse Paradoxie in dem Umstand, daß die globalen Maßstäbe immer dominanter zu Koordinaten für das lokale Handeln und zugleich die kommunalen und individuellen Spielräume immer kleiner werden. Doch nach wie vor werden die Konsequenzen der Schrumpfung unterschätzt. Sie lassen sich eben nicht auf eine Frage von Gebäudeabriß oder Quartieraufwertung (namentlich in Plattenbausiedlungen) reduzieren – wie es die bisherige Debatte in der Regel tut –, sondern

rührt an der Substanz einer auf Wachstum und Fortschritt fixierten Gesellschaft. Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz vorschreibt, sind zunehmend schwerer zu erreichen, und räumliche Disparitäten werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach verstärken.

Die Tendenz der heutigen Diskussion auf der Ebene der Raumordnung ist klar: Sie mündet in die Forderung, staatliche Anstrengungen und Transferleistungen auf Kerngebiete zu konzentrieren, um mit regionaler Clusterbildung eine ‚kritische Masse‘ zu erreichen. Umgekehrt und weitergedacht heißt das, sich in anderen Regionen nicht (mehr) zu engagieren. Der Euphemismus von der „passiven Sanierung“, der nichts anderes meint als das Liegenlassen und Nichtbehandeln eines Problemgebietes, bemäntelt indes nur notdürftig die Konsequenz: Daß nämlich bestimmte Städte, Dörfer und Landstriche gleichsam „überflüssig“ sind – längst im ökonomischen, zunehmend aber auch im gesellschaftlichen Sinne. Gründet das Unbehagen, die Wahrheit auszusprechen, in der Angst vor einer ‚self fulfilling prophecy‘?

Zu erwarten ist, daß durch die regionalen Unterschiede, die – mit oder ohne planerische Steuerung – stärker werden, weil Effekte ökonomischen Wachstums, „die durchaus noch auftreten können, in immer weniger Gemeinden oder Gemeindeteilen zu Bevölkerungszuwachs führen werden. Planerische Steuerung hat unter diesen Bedingungen vor allem die Funktion, Schrumpfungsprozesse nicht chaotisch verlaufen zu lassen, sondern geordnet.“ So besteht denn die Aufgabe u.a. darin, „im regionalen Maßstab Gleichwertigkeit zu sichern und die wenigen Impulse zur Raumentwicklung durch Bündelung möglichst zu einer ‚kritischen Masse‘ zu bringen, so daß im besten Fall selbstverstärkende Wachstumseffekte auftreten.“ (Röhl 2004: 52)

Die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit wird zum generellen gesellschaftlichen Merkmal, auch in anderen Hoheinkommensstaaten. Viele Regionen wachsen, andere schrumpfen und fallen gegenüber den schneller wachsenden Regionen zurück. Jede Auswahl aber, zu der die knappen Mittel zwingen, bedeutet, daß eine andere Region oder ein anderer Sektor nicht (mehr) gefördert wird. Die hitzige Debatte um

die künftige Förderpolitik im Land Brandenburg sowie um das Leitbild der „dezentralen Konzentration“ beruht auf der Einsicht, daß es auf Dauer nicht durchzuhalten ist, insgesamt über die Fläche gleichermaßen zu fördern.

Die regionale Dimension ist unabdingbar, gerade bei der Herausforderung des Stadtumbaus. Regionalisierung stellt keine Handlungsanweisung allein unter Maßgabe von Wachstum dar, sondern bewahrt auch – und gerade – unter Schrumpfungsbedingungen ihre Notwendigkeit.¹⁷ Zumal, wenn politisches Handeln sich vorrangig durch den Umfang der Inputs (Budgets, Investitionen, Ausstattungsmerkmale etc.) bemißt und weniger in Kategorien von Kreativität und Kooperation, und wenn die Verteilung von Fördermittel (europäische wie nationale) voraussetzt, daß das Problem oder die ‚Bedürftigkeit‘ eines Gebietes ausreichend dargestellt wird. Diese gern ausgeübte Haltung des ‚Wir haben es erkannt, wir tun was‘ verliert jedoch an Bedeutung, schon weil den Kommunen deutlich weniger Haushaltsmittel zur pro-aktiven Politik zur Verfügung stehen.

Allerdings hat man es dabei mit sehr unterschiedlichen Handlungslogiken zu tun. Mindestens drei davon sind in diesem Zusammenhang relevant: (1) die ökonomische Handlungslogik von Unternehmen und Betrieben, gewinnorientiert über Märkte gesteuert, damit weitgehend raumunabhängig; (2) die politisch-administrative Handlungslogik der öffentlichen Verwaltung in all ihren Aufgliederungen, an Macht orientiert und über Wahlen sowie Regeln gebietskörperschaftlich gesteuert; und schließlich (3) die soziale Logik der Einwohnerschaft, an Selbstentfaltung orientiert und über persönliche Netzwerke der Solidarität (meist unterhalb der kommunalen Ebene) gesteuert (vgl. Fürst 2001). In dieser Komplexität bewegt sich Planung, gerade unter Schrumpfungsbedingungen. Gleichwohl muß die ‚Region‘ zu einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage werden, in der Planung, Politik, Ökonomie und Bevölkerung gleichermaßen „beheimatet“ sind. Territoriale, administrative, wirtschaftsgeographische und städtebauliche Begriffsauslegungen müssen überzeugend zur Deckung gebracht werden.¹⁸

Stadtumbau – Innovation statt Resignation

Das Phänomen der Schrumpfung, d.h. massiver Bevölkerungsrückgang und anhaltende wirtschaftliche Probleme bei nachlassender kommunaler Steuerungsfähigkeit, wird zunehmend mehr Städten seinen Stempel aufdrücken. Mit bloß kurzfristigen und unterkomplexen Planungen, mit illusorischen Wachstumshoffnungen wird dem nicht beizukommen sein. Vielmehr gilt es, eine neue Sensibilität dafür zu wecken, daß die großen Herausforderungen der städtischen Zukunft zum einen ehrlich benannt und zum anderen bewältigt werden müssen, indem man diese Aufgaben auch „institutionalisiert“. Es braucht also Einrichtungen auf kommunaler Ebene, die Langfristigkeit und Zukunftsorientierung sicherstellen.¹⁹

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß große private Investoren wie auch die Immobilienwirtschaft in schrumpfenden Regionen auf bauliche Aktivitäten im Neubau und im Bestand verzichten – zur Vermeidung des Risikos von Fehlinvestitionen. Womit wiederum die öffentliche Hand zum alleinigen Träger und Akteur des Stadtumbaus wird. Der konzeptionelle Ansatz, durch öffentliche Investitionen auch privates Kapital zu mobilisieren, greift nicht mehr. Hier sind Auffangstrategien nötig, um die öffentliche Daseinsvorsorge sicher zu stellen, Infrastruktur wirtschaftlich betreiben und die Immobilienverluste tragen zu können.²⁰ In diesem Sinne wäre auch die „perforierte Stadt“ zu sehen: Sie mag zwar kaum ein geeignetes Leitbild abgeben, wohl aber kann sie eine temporär angemessene Strategie für die Schulterung des Umbruchs darstellen – insbesondere, wenn mit Instrumenten wie Gestattungsverträgen überlieferte Baurechte nicht außer Kraft gesetzt, sondern eben nur den konkreten Bedingungen angemessene „Zwischennutzungen“ autorisiert werden. Es ist dies eine offene Option auf die Zukunft, die zumindest nichts „verbaut“. Just diese Erfahrungen und Lerneffekte, die sich im „Instrumentenkasten“ und den rechtlichen Rahmenbedingungen des Städtebaus niederschlagen, könnten sukzessive auf die gesamtdeutsche, möglicherweise auch die europäische Ebene transponiert werden. Mit

einer Einführung eines ‚Baurechts auf Zeit‘ sollte den Kommunen ermöglicht werden, für bestimmte Grundstücke zeitlich begrenzt Nutzungen ohne Entschädigungsanspruch festzusetzen, um z.B. auf die Folgen eines strukturell bedingten Wohnungsleerstandes regulierend einwirken zu können. Ein öffentlich gestützter Grundstücksfonds, in dem alle brachgefallenen Baugrundstücke belastungsfrei zusammengefaßt werden, hat sich als wirksames Instrument für die Stadtentwicklung bewährt, wenn nach Abbruch der Gebäude die neue Nutzung der Flächen in Abstimmung mit der Stadtplanung festgelegt wird.

Fraglos hat die Debatte zum Stadtumbau in Ost und West hier eine durchaus katalysatorische Wirkung und einiges in Bewegung gesetzt. Woran es jedoch fehlt, sind neue Ideen für die Lebensform Stadt. Wenn ein urbanes Lebensgefühl im Informations- und Kommunikationszeitalter nicht mehr zwingend an urbanes Wohnen im dichten Häusermeer gebunden ist, werden Architektur und Städtebau neue Ziele formulieren müssen. Wie wollen wir wohnen, wie können wir arbeiten? Wie kann man das Gehäuse des – nutzlos werdenden – Überlieferten mit neuem Leben füllen? Wie kann eine Kommune trotz Haushaltsnotstand und verwässerter Normsetzungskompetenz dieses baulich-räumliche Rückgrat stützen und mit Inhalt füllen? Oder wäre gar, wie unlängst gefordert, die Vorstellung, „Räume gleicher struktureller Auffassung“ zu schaffen, grundsätzlich aufzugeben und durch „eine enträumlichte Identifikation von Subventionsempfängern“ (Schlottmann 2005: 326) zu ersetzen? Falls ja – wie kann das dann konkret aussehen? Daß man sich solche und ähnliche Fragen kaum je stellt: Schimmert dahinter die Angst vor der Erkenntnis, „daß in den von der globalen Ökonomie abgehängten Schrumpfreionen jedes konventionelle Politikkonzept, jeder Planungsrealismus scheitern muß“? (Sewing 2005: 60)

Gewiß sind die notwendigen Anpassungen der Systeme an die sich abzeichnenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen des 21. Jahrhunderts ohne Konflikte nicht zu haben; richtig ausgetragen werden sie gleichwohl nicht.²¹ Weitere Rennpisten im märkischen

Sand, die Cargolifter, CD-Fabriken im Thüringer Wald, die Gewerbegebiete, auf denen sich doch nie ein Gewerbe gründet: Das braucht man absehbar wohl nicht. Was statt dessen notwendig ist, bleibt in einem gesellschaftlichen Dialog zu klären.

Wahr ist, daß das administrative, politische und interpretative Nebeneinander von Kernstädten und sie umgebenden Landkreisen faktisch überholte Stadt-Land-Gegensätze fortschreibt, daß es die Region polarisiert und den notwendigen Vorteils- und Lastenausgleich verhindert. Aber neben eine solche analytische Herangehensweise müssen emotionale, identitätsbildende Ansätze treten. Genau das schaffen Negativdiskussionen und bloße Horrorszenarien eben nicht.

Deswegen – und bei aller Dramatik der Situation in manchen Städten – soll hier für eine gewisse Gelassenheit plädiert werden, die indes nicht mit Gleichgültigkeit zu verwechseln ist. Zeigt doch ein Blick auf die Entwicklung städtebaulicher Grundgedanken in unserem Jahrhundert, daß wir es mit einer ständigen Veränderung von Schwerpunkten und Wertmaßstäben zu tun haben. Ein großer Teil der Wandlungen stammt dabei aus der Ermüdung am vorher Gängigen. Meinungsbildung im Städtebau vollzieht sich in Pendelschwüngen. Neue Gedanken, im Ansatz durchaus fruchtbar, werden modisch aufgemacht, mit überhöhten Erwartungen befrachtet – und schnell verworfen, wenn sie eben diese Erwartungen nicht erfüllen. Es besteht kein Anlaß zu der Vermutung, daß solche Wandlungen sich nicht fortsetzen. Und so wird auch die Einschätzung von städtebaulicher Angemessenheit wahrscheinlich in Zukunft ähnlichen Veränderungen unterworfen sein, wie wir sie bisher schon erlebt haben; Grund genug, die Verweigerungshaltung zu überwinden und zugleich eine neue „Umbaukultur“ zu entwickeln.

Anmerkungen

- 1 Nach der Definition des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist Schrumpfung mehr als nur Einwohnerverlust. Es handelt sich vielmehr um einen Prozeß, der durch mehrere Indikatoren gekennzeichnet ist: Bevölkerungsrückgang, Wanderungsverluste,

- Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverluste, Kaufkraftschwäche und kommunale Haushaltsnot. Wenn sich die Mehrzahl der Kriterien negativ entwickelt, dann ist nach dieser Definition die Stadt durch Schrumpfung gekennzeichnet (siehe Stadtumbau 2003: 564).
- 2 Doch es gibt Ausnahmen; etwa Wolfgang Kil (2004), der mit seiner „Streitschrift“ sehr prononciert auf die gesellschaftspolitischen Implikationen hinweist.
 - 3 Allerdings hatte das den Preis, daß die Wohnungswirtschaft die Deutungshoheit in der ostdeutschen Schrumpfungs- und Stadtumbau-Diskussion errang und letztlich bis heute behielt.
 - 4 Vergleiche hierzu den Beitrag von Erika Spiegel (2004), der diese Annahme ausführt.
 - 5 Die „Schrumpfung-Wachstum-Karte“ des BBR zeigt die Standorte der bisherigen Schrumpfungsstädte (siehe Stadtumbau 2003: 566). Nicht erkennbar sind die Disparitäten innerhalb der Stadt. Die bundesweite Darstellung im Raumordnungsbericht unterschlägt sogar die Disparitäten innerhalb einer Region.
 - 6 So wurde in Wuppertal eine Schule in einem innerstädtischen Quartier mit 40 Prozent Ausländeranteil und kinderreichen Familien geschlossen, während in den bürgerlichen Quartieren die Schüler fehlen, aber die Stadtpolitik dort Schulschließungen scheut, weil in diesen Gebieten massiver Bevölkerungsprotest erwartet wird.
 - 7 Dieses Programm dient dem Bund dazu, die Wirkungen der Anwendung des städte- und wohnungsbaulichen Instrumentariums des Bundes zu überprüfen. Das Bundesinteresse drückt sich dabei in Forschungsfragen aus. ExWoSt ist kein Förderprogramm, sondern eine in die kommunale Praxis integrierte Methode der Politikberatung zur Verbesserung der rechtlichen und fördertechischen Rahmensetzungen. Im Rahmen von Forschungsfeldern dienen die geförderten Modellvorhaben in den Kommunen als innovative Labors und Lernwerkstätten.
 - 8 Unter Fachleuten zeichnet sich aber eine allmählich wieder erstarkte Wertschätzung von Stadtentwicklungsplanung ab; einige sprechen sogar von „Renaissance der Stadtentwicklungsplanung“, weniger anspruchsvoll, aber auf höherem Niveau mit mehr Umsetzungsnähe. Die Umfrage im Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“ bei mehr als 300 Kommunen bestätigt dies, mit dem Ergebnis, daß in vielen Planungssämtern Stadtentwicklungspläne erarbeitet werden; siehe hierzu: „www-stadtquartiere-im-umbruch“, unter: Ergebnisse.
 - 9 Der ehemalige Oberbürgermeister von Gelsenkirchen mußte erleben, daß ein allzu offenes Bekenntnis zur Schrumpfung politisch riskant werden kann und letztlich den Job kostet. Die eigentlich auf Außenwirkung mit Akquisabsichten ausgerichtete Ehrlichkeit wurde prompt mit Abwahl aus dem politischen Amt bestraft.
 - 10 Dies belegen einschlägige Erfahrungen bei der Suche nach geeigneten Modellvorhaben für das ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“. Die Bereitschaft einzelner aufgeklärter Akteure in den kommunalen Ämtern zur Mitwirkung an der konkreten Ausgestaltung eines „geordneten Rückzuges“ wurde vielerorts gebremst durch zaudernde Vorgesetzte und ängstliche politische Mandatsträger und durch Festhalten am „Prinzip Hoffnung“. Auch seriöse Prognosen, die einen sicheren und deutlichen Bevölkerungsrückgang belegen, konnten den Glauben an das „Weiter wie bisher“ nicht erschüttern.
 - 11 Weiterführende und aktuelle Informationen im Internet unter „www.stadtumbauwest.de“.
 - 12 Weitere Informationen zu dem Programm unter „www.bmbw.bund.de“.
 - 13 Über das neue Forschungsfeld wird zeitnah berichtet unter „www.stadtquartiere-im-umbruch.de“.
 - 14 Siehe hierzu die vom BBR in Auftrag gegebene DIFU-Studie „Planungspraxis – quo vadis?“; unter „www.stadtquartiere-im-umbruch.de“; unter: Ergebnisse
 - 15 Mit den sog. Gestattungsverträgen hat die Stadt Leipzig ein Rechtsinstrument entwickelt, das auf die spezifischen Anforderungen des Stadtumbaus reagiert. Auf diese Weise konnten beispielsweise Grundstückseigentümer vertraglich dazu verpflichtet werden, für einen bestimmten Zeitraum (bspw. fünf Jahre) eine öffentlich nutzbare Grünanlage auf ihrem Eigentum zu dulden, ohne daß sie ihre hergebrachten Baurechte verloren. Damit konnten auch insolvente oder unwillige Grundstückseigentümer zu potentiellen „Mitspielern“ im Stadtumbauprozess gemacht werden.
 - 16 Initiator hierfür war Engelbert Lütke-Daldrup (2001), der damalige Leipziger Stadtbaurat, mit seinem Aufsatz „Die perforierte Stadt – Eine Versuchsanordnung“. Seiner abwägenden inhaltlichen Argumentation zum Trotz hatte sich die Überschrift alsbald zum Schlagwort vererbstündigt und wurde mit einer zumeist negativen Konnotation versehen. Vielen gilt dies als Preisgabe einer kohärenten Stadtentwicklung.
 - 17 Der Unterschied liegt eher in der qualitativen Ausprägung: Während in den süd- und westdeutschen Wachstumsregionen die „Zersiedlung“ ein Problem darstellt, kommt es in den ostdeutschen Schrumpfungsregionen zum gegenteiligen Problem der „Verlandschaftung“ der Städte durch Ausbreitung von Brachen.
 - 18 Wovon wir allerdings noch weit entfernt sind; laufen doch die Diskurse weitgehend separiert voneinander, vornehmlich in den Fachzeitschriften der jeweiligen Disziplinen, und ohne untereinander engere Bezüge herzustellen. Bereits zwischen Raumordnern und Landesplanern einerseits und Stadtplanern/Städtebauern andererseits läßt sich diese Kluft feststellen.
 - 19 Einerseits braucht es ein neues, ressortübergreifendes und integriertes „Amt“ für Stadtumbau (ggf. als Stabsstelle beim Oberbürgermeister), weil die tradierten Zuständigkeiten (bspw. für Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Jugend, Schule usw.) absehbar an ihre Grenzen geraten sind. Andererseits ist eine intensive Bürgerbeteiligung zur Bewältigung der Folgen von Stadtschrumpfung erforderlich. Die Bevölkerung muß für eine Zusammenarbeit gewonnen werden, um ihre Stadt auch unter Schrumpfungsbedingungen zu entwickeln und zu erhalten. Empfehlenswert hierfür ist möglicherweise ein förmlicher „Bürgerbeauftragter“, der vermittelnd zwischen Verwaltung, Planung und Bewohnern fungiert.
 - 20 Vgl. hierzu die „Empfehlungen für ein Handlungsfeld von nationaler Bedeutung“, welche die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung unter dem Titel „Strategien für Großstadregionen im

21. Jahrhundert“ im November 2003 verabschiedet haben.
- 21 Es ist nicht ohne Ironie, daß die Eigenheimzulage abgeschafft und die Pendlerpauschale soeben gekürzt wurden, nicht aber durch fachpolitische Erwägungen, sondern bedingt durch den aktuellen Haushaltsnotstand.

Literatur

- BBR [Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung] 2004: Stadtbau West – 16 Pilotstädte bauen um. Bonn.
- BBR [Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung] 2005: Stadtquartiere im Umbruch – Faltblatt zum ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn.
- BMBAU [Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau] 1994: Großwohnsiedlungsbericht. Bonn.
- BMVBW [Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen] 2001: Bundeswettbewerb Stadtbau-Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen, Ausschreibung. Berlin.
- BMVBW [Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen] 2005: Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Bonn.
- Boecker, Arno 2005: Ostdeutschland soll Sonderstatus verlieren. In: Süddeutsche Zeitung vom 31.10.2005, 25.
- Dangschat, Jens 1988: Gentrifikation - der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: Jürgen Friedrichs (Hg.), Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften, 272-292.
- Fuhrich, Manfred 2003: Die schlanke Stadt – Dimensionen und Visionen der Stadtverschlankeung. In: Stadtbau, Informationen zur Raumentwicklung 10-11, 589-604.
- Fürst, Dietrich 2001: Stadt und Region – Schwierigkeiten, die regionale Selbststeuerung nachhaltig zu machen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Nr. II. Stuttgart: Kohlhammer, 84-96.
- Gatzweiler, Hans-Peter et al. (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Stadtbau, Informationen zur Raumentwicklung 10-11, 557-574.
- Kil, Wolfgang 2004: Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Wuppertal: Müller+Busmann.
- Lütke-Daldrup, Engelbert 2001: Die perforierte Stadt – Eine Versuchsordnung. In: StadtBauwelt, Nr. 24, 40-45.
- Nuissl, Henning; Rink, Dieter 2004: Sprawl und Schrumpfung: Das Beispiel Leipzig. In: UFZ-Diskussionspapiere, Nr. 3. Leipzig.
- Röhl, Dietmar 2004: Zum planerischen Umgang mit Sprawl unter Schrumpfungsbedingungen. In: UFZ-Diskussionspapiere, Nr. 3. Leipzig.
- Schlottmann, Antje 2005: RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Sewing, Werner 2005: Vom Schrumpfen des Politischen. In: archplus, Nr. 173, 60-61.
- Spiegel, Erika 2004: Die Europäische Stadt – eine schrumpfende Stadt. In: Walter Siebel (Hg.), Die Europäische Stadt. Frankfurt a.M.: edition suhrkamp, 182-196.
- Stadtbau 2003: Informationen zur Raumentwicklung, 10-11. Bonn.

Call for Papers

Zwischen Scheitern und Avantgarde

Eigensinn ostdeutscher Akteure im Umbruch

Workshop des Netzwerks Ostdeutschlandforschung
am 19. Mai 2006 in Berlin

Das Resümee der beiden Workshops, die das Netzwerk Ostdeutschland bisher veranstaltet hat, lautete: „Ein Paradigmenwechsel in der sozialwissenschaftlichen Forschung über Ostdeutschland ist fällig. Die Entwicklung in Ostdeutschland muß als offener und innovativer Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung verstanden und erforscht werden.“ (Rainer Land: Workshop Ostdeutschlandforschung, in: Berliner Debatte Initial, Heft 2/2005, S. 67)

Die bisherige Diskussion widmete sich vor allem sozio-ökonomischen Fragen. In einem dritten Workshop wollen wir die Fragerichtung verändern und mit der Frage nach den Akteuren in Ostdeutschland einen anderen Impuls in die Debatte bringen.

Denn: Nimmt man die demographischen Analysen ernst, gibt es in Ostdeutschland eigentlich keine Akteure mehr, die eine aktive Veränderung der Lage in Ostdeutschland leisten können. Alle, die irgend können, wandern aus ländlichen Regionen in Städte oder (aus dem Osten insgesamt) in »den Westen« ab, darunter das größte intellektuelle Potential, weil Ostdeutschland keine Perspektiven zu bieten hat. Von welchen Akteuren also sprechen wir, wenn wir einen von Ostdeutschen, mit Ostdeutschen und für Ostdeutsche gemachten Wandel erstreben? Wer kann Träger des geforderten, innovativ gestalteten Umbruchs sein?

Das damit verbundene Erkenntnisinteresse liegt auf der Hand – weil das Netzwerk Ostdeutschland nicht nur *top down*, sondern auch *bottum up* Strategien für den Osten entwickeln will, stellen wir nun die Komplementärfragen zum bisherigen Geschehen:

- Wer kann auf welche Weise die Chancen der Krise nutzen und den gesellschaftlichen Wandel in offene Zukünfte gestalten?
- Worin bestehen die Auswirkungen aller ge- und mißglückten Versuche, „den Osten aufzubauen“, auf das Zusammenleben der Menschen, ihre Bindungen, Werte, Gewohnheiten, auf die Mechanismen des Zusammenlebens? Es geht nicht darum zu fragen, wer bzw. was die Ostdeutschen aus ihrer DDR-Sozialisation heraus sind, sondern was die gesellschaftlichen Verhältnisse in den letzten fünfzehn Jahren aus ihnen gemacht haben, was die Ostdeutschen aus sich und den Verhältnissen gemacht haben und wie sie diese zukünftig gestalten möchten.
- Was wissen wir über den Umgang der Ostdeutschen mit der prekären sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Situation? Wer sind die, die gesellschaftlichen Wandel gestalten und nicht nur von ihm getrieben werden?

Wenn wir davon ausgehen, daß die ostdeutschen Selbstorganisationskräfte – ihr Fehlen wird allerorten bemängelt – nicht nicht vorhanden, sondern vor allem durch den spezifischen, auf Angleichung statt auf Differenzierung ausgelegten Vereinigungskurs lahmgelegt worden sind, dann ist es an der Zeit zu fragen, ob davon noch etwas übrig ist nach fünfzehn Jahren gemeinsamer deutscher Geschichte, oder ob und wie sie sich neu konstituiert haben oder in neuen Generationen wiederkehren.

Offen ist auch, in welchem Maße die Vielzahl von Projekten und Trägern, die mit EU-Förderung, Arbeitsmarktpolitik, inte-

grierter Regionalentwicklung und ähnlichen Programmen entstanden sind, zukunftsfähige Ansätze für „neues Sozialkapital“ geschaffen haben. Könnte hier die spezielle Variante einer „verkehrten“ und noch fragmentierten ostdeutschen Zivilgesellschaft entstanden sein? Denn die Akteure geförderter Projekte müssen zwar von externen Vorgaben und Förderzielen aus operieren, aber sie nutzen diese durchaus eigensinnig. In welchem Maße handelt es sich um „Selbstorganisation der Bürger“, was bleibt davon, was könnte daraus in Zukunft noch werden? Welche Forschungsansätze für „Sozialkapital in Umbruchkonstellationen“ müssen entwickelt werden, welche Vergleiche mit anderen europäischen Gesellschaften wären nützlich?

Wie wirkt sich der Diskurs über Ost- und Westdeutsche auf Eigen- und Fremdbilder aus; vor allem: Was bedeuten sie in Bezug auf Exklusion aus den laufenden Prozessen oder Inklusion in diese?

Mit welchen sozialen Strategien reagieren Ostdeutsche auf Unsicherheit, Wertverlust, Instabilität? Wie auf deren Gegenteil? Welche Rolle spielen dabei Familienstrukturen, und wie haben sich diese verändert? Welche Beziehungen und Differenzen bestehen zwischen den Generationen?

Was ist an die Stelle der bisher weitgehend über Erwerbsarbeit hergestellten individuellen Einbindung in die Gesellschaft bzw. ihr Wertesystem getreten? Wie funktioniert die Kommunikation zwischen denen, die Erwerbsarbeit haben, und jenen, die von ihr ausgeschlossen sind – individuell und im gruppenspezifischen Sinn? Gibt bzw. braucht es hier Vermittlung?

Wie entwickeln sich für Einzelne oder Gruppen oder gar Regionen doch Perspektiven? Wer gibt Impulse für Entwicklung? Welche Erfahrungen gibt es mit der „Reaktivierung“ von „Überflüssigen“? Wer ist in der Lage, Perspektiven zu entwickeln? Wie werden sie mehrheitsfähig?

Welchen Einfluß haben geschlechtsspezifische Ausprägungen auf die Situation in Ostdeutschland? Ergeben sich aus Sicht der *Gender Studies* besondere Herausforderungen für den Umgang mit den ostdeutschen Akteuren?

Der Workshop

Der Workshop des Netzwerks Ostdeutschlandforschung findet am 19. Mai 2006 in Berlin statt (laufend aktualisierte Informationen unter www.ostdeutschlandforschung.de) und soll zwei Funktionen erfüllen: Erstens soll er vorhandene Erkenntnisse vorstellen und bündeln; zweitens soll er Akteure aus Theorie und Praxis zusammenführen und in ihren Fragestellungen vernetzen. Thematische Schwerpunkte und Formate des Workshops werden nach Eingang der Skizzen festgelegt.

Der Call

Dieser Call richtet sich an Kultur- und Sozialwissenschaftler, an Stadt- und Regionalplaner, Kulturgeographen, Politologen und verwandte Disziplinen. Explizit fordern wir zudem Künstler, Kultur- und Sozialarbeiter sowie andere haupt- und ehrenamtliche Akteure dazu auf, ihre Erfahrungen für den wissenschaftlichen und politischen Diskurs sichtbar zu machen.

Kristina Volke, Babette Scurrell

Bitte senden Sie uns eine Skizze Ihrer Überlegungen (max. 2 Seiten) bis zum 28. Februar 2006.

Konzeptionell verantwortlich:

Kristina B. Volke
(kristina.bvolke@berlin.de)
Dr. Babette Scurrell
(scurrell@ztg.tu-berlin.de)

Ostdeutschlandforschung,
ZTG
Technische Universität Berlin
Hardenbergstr. 36A P 2-2
10623 Berlin

Berliner Debatte Initial 16 (2005) 6

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint alle zwei Monate.

Redaktion: Henri Band, Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Scott Gissendanner, Birgit Glock, Wladislaw Hedeler, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Lutz Kirschner, Rainer Land, Ingrid Oswald, Udo Tietz, Jan Wielgoß, Andreas Willisch, Rudolf Woderich, **Redaktionelle Mitarbeit:** Karsten Malowitz, Thomas Müller, **Lektorat:** Gudrun Richter
Verantwortlich für dieses Heft: Birgit Glock (Vi.S.P.)

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Abo-Bestellungen: inter abo, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Preise: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €

Abonnement: Jahresabo 37 €
Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 20 €, Nachweis belegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen.

Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt.

Bestellungen: per Mail:

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

pdf-Dateien: siehe www.berlinerdebatte.de

Autorenverzeichnis

Harald Bluhm, PD Dr.,
Politikwissenschaftler, Humboldt-Universität zu Berlin

Matthias Bernt, Dr.,
Politikwissenschaftler, Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle

Benno Brandstetter, Dipl.-Geograph,
Technische Universität Dresden

Manfred Fuhrich, Dr.,
Stadtplaner, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Birgit Glock,
Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, Humboldt-Universität zu Berlin

Michael Hofmann, PD Dr.,
Kultursociologe, Universität Jena

Robert Kaltenbrunner, Dr.,
Architekt und Stadtplaner, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Cathleen Kantner, Dr.,
Politikwissenschaftlerin, Freie Universität Berlin

Franz-Xaver Kaufmann, Prof. em. Dr.,
Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Wolfgang Kil, Dr.,
Architekturkritiker und Publizist, Berlin

Thilo Lang,
Stadtplaner, Research Fellow, Universität Durham, Großbritannien

Klaus Overmeyer,
Landschaftsplaner, Studio UC, Berlin

Anne Pfeifer,
Stadtplanerin, ETH Zürich

Joachim Ragnitz, Dr.,
Volkswirtschaftler, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Grit Straßberger, Dr.,
Politikwissenschaftlerin, Berlin

Rainer Winkel, Prof. Dr.,
Stadtplaner, Technische Universität Dresden.

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 37 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 20 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende) Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestelladresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

GSFP
c/o Thünen-Institut
Dudel 1

17207 Bollewick

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de